

Frankreich

Christian Lequesne¹

Auch die französische Europapolitik wurde insbesondere durch die Krise in Griechenland und die Diskussion über die Wirtschaftspolitik geprägt. Die öffentliche Meinung in Frankreich zeigte sich äußerst besorgt über die wirtschaftliche Zukunft des Landes und war weiterhin der Meinung, Europa solle sich mehr um Themen wie Arbeitslosigkeit und Beschäftigung kümmern und der Staat um das öffentliche Wohlergehen (wie Gesundheit und Renten). Im Bereich der Außenpolitik unterstützte Frankreich die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes, wie er mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon vorgesehen ist. Die öffentliche Meinung in Frankreich steht weiteren Erweiterungsrounden der Europäischen Union ablehnend gegenüber, die Regierung hingegen setzt je nachdem, um welchen Beitrittskandidaten es sich handelt, unterschiedliche Prioritäten.

Die Krise in Griechenland und die Debatte mit Deutschland

Die Krise in Griechenland entfachte in Frankreich die Frage über die Institutionalisierung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone neu. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Solidarität innerhalb der Eurozone und grenzte sich stark von der Meinung Deutschlands ab, das in erster Linie die Griechen dazu aufrief, Sparmaßnahmen durchzusetzen und erst in einem zweiten Schritt finanzielle Hilfen in Aussicht stellte. In dieser Krise positionierte sich Frankreich als Land des Südens. Die öffentliche Meinung zeigte sich oft durch die Art und Weise der journalistischen Berichterstattung zur Griechenlandkrise schockiert, insbesondere auch in der deutschen Presse wie etwa in der „Bild Zeitung“. Am 4. Mai 2010 billigten die Abgeordneten im Konsens zwischen dem rechten und dem linken Lager den Nothilfeplan für Griechenland. Die Linke kritisierte die Sparmaßnahmen, die den Hilfsplan begleiteten, und heizte bisweilen eine diffuse anti-deutsche Stimmung an.

Auf Regierungsebene hatten die deutsch-französischen Beziehungen in Sachen Griechenland schon bessere Tage gesehen. Gleichzeitig waren die Differenzen aber nicht neu. Die Krise in Griechenland brachte zunächst die zwischen den beiden Partnern divergierenden Auffassungen ans Licht, wie das wirtschaftspolitische Europa aussehen sollte. Für die Deutschen soll sich die Union auf eine regulierende Rolle beschränken, wohingegen sie für Frankreich den Nationalstaat ersetzen soll, der zunehmend an Macht verliert. Beide Staaten sind sich der Grenzen des aktuellen Stabilitätspakts bewusst und möchten die Wirtschafts- und Währungsunion und die Haushaltspolitik reformieren. Frankreich tritt für die Schaffung eines „Europäischen Währungsfonds“ ein, während Deutschland auf die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen und Sanktionen gegen die Staaten, die den Pakt missachten, setzt. Zudem tritt Frankreich für eine Europäisierung der Wirtschaftspolitik der 16 Staaten der Eurozone ein, Deutschland besteht jedoch auf der Notwendigkeit, eine gemeinsame Lösung für alle 27 EU-Staaten zu finden². Letztendlich mussten sich die beiden Länder – wie so oft – auf einen Kompromiss verständigen. Daher wurde der deutsche Finanzminister

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa's Office.

¹ Der Autor dankt Jean Heilbronn für die Zusammenstellung der Unterlagen für diesen Artikel.

Wolfgang Schäuble am 21. Juli 2010 zur Teilnahme am französischen Ministerrat eingeladen, der jeden Mittwoch im Elysée-Palast stattfindet. Eine derartige Einladung fand zum ersten Mal in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen statt. Am Ende des Treffens kündigte seine französische Amtskollegin Christine Lagarde die Möglichkeit der Schaffung einer verstärkten Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der Eurozone an, wie es vom europäischen Vertragswerk ermöglicht wird. Ziel ist es dabei, durch Aussetzen des Abstimmungsrechts für die Länder, die die Vorschriften zur Verwaltung der nationalen Haushalte missachten, die Koordination der Wirtschaftspolitiken voranzutreiben. Frankreich trat für mehr Sanktionen ein, während Deutschland die Eurozone als Gestaltungskern akzeptiert hat. Diese Synthese des deutsch-französischen Projekts nennt sich „Europäische Wirtschaftsregierung“, in der englischen Version „European Economic Governance“, und soll den Weg in die Zukunft innerhalb der Union weisen. Diese Fähigkeit des deutsch-französischen Tandems, auf politischer Ebene die Initiative zu ergreifen, fehlte seit dem Ende der Ära von Kohl und Mitterrand. Als Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am 4. Februar 2010 den Zeitplan für die bilaterale Kooperation in den nächsten Jahren vorstellten, lösten sie keine Begeisterung unter den Kommentatoren aus. Der Plan mit dem Titel „Deutsch-Französische Agenda 2020“ stellt einen Katalog aus 80 verschiedenen Vorschlägen dar, der insgesamt über keinerlei strategische Ausrichtung verfügt.

Die öffentliche Meinung in Frankreich zeigte sich weiterhin über die Zukunft der Wirtschaft besorgt. Im Herbst 2009 ergab eine Eurobarometer-Umfrage, dass 81% der Franzosen die Lage der französischen Wirtschaft als schlecht einschätzten.³ Bei den Hauptproblemen, mit denen sich das Land konfrontiert sieht, denken 59% als erstes an Arbeitslosigkeit. Was den Umgang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise anbelangt, sind 23% der Franzosen der Meinung, dass die G 20 zu erst handeln muss, gefolgt von den nationalen Regierungen (19%) und der Europäischen Union nur an dritter Stelle (15%). Die Zahlen bestätigen die Enttäuschung Frankreichs über die Europäische Union, die über keine konkreten Mittel zum Schutz gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanztechnischen Globalisierung verfügt. Dieser Punkt wog bereits schwer im Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag im Mai 2005. Eine Umfrage von Eurobarometer aus dem Herbst 2009 zeigt jedoch, dass der Aufruf für ein „sozialeres Europa“ ein Slogan bleibt, da es sich hier um konkrete Maßnahmen für einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat handelt. 75% der Franzosen sind daher der Meinung, dass Entscheidungen, die das Rentensystem betreffen, das Vorrecht der nationalen Regierungen bleiben soll. 64% der Franzosen sind bei einer Reform der Ausgaben für das Gesundheitswesen der gleichen Meinung, 65% beim Bildungssystem.

Der Europäische Auswärtige Dienst und Verteidigungspolitische

Der Vertrag von Lissabon eröffnete neue Aktionsmöglichkeiten für die Union im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Auf institutioneller Ebene wurde das Projekt der Etablierung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) durch die Schaffung des Postens des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik begleitet. Frankreich setzte sich für die Schaffung dieses Dienstes ein, dessen Grundprinzipien mit der Vereinbarung von Madrid vom 21. Juni 2010 beschlossen wurden, jedoch mit einer gewissen Zahl an Einschränkungen. Selbstverständlich soll dieser Dienst aus französischer Sicht die nationale

2 Zu diesen Unterschieden siehe auch der hervorragende Aufsatz von Pascal Kaufmann und Henrik Utterwedde: „La France und l'Allemagne face à la crise de l'euro. A la recherche de la convergence perdue“, *Visions franco-allemandes*, Nr. 17, Paris, CERFA/IFRI, Juli 2010.

3 Eurobaromètre 72, Bericht Frankreich, Herbst 2009.

Diplomatie nicht ersetzen. Kein Politiker in Frankreich unterstützt, ganz nach britischem Vorbild, eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Der EAD wurde als Instrument einer in ihrem Wesen zwischenstaatlich bleibenden Außenpolitik konzipiert. Aus diesem Grund erachtete es Paris von Anfang an für wichtig, dass der Hohe Vertreter durch einen erfahrenen Diplomaten – dem so genannten Generalsekretär aus dem Quai d’Orsay – unterstützt wird. Paris schlug Pierre Vimont vor, den ehemaligen Ständigen Vertreter bei der Europäischen Union und derzeit französischer Botschafter in den Vereinigten Staaten. Zu dem Zeitpunkt, zu dem das französische Außenministerium starke finanzielle Einschnitte hinnehmen muss und zudem eine Legitimitätskrise im Inneren des Staatsapparats zu verkraften hat, darf der EAD für die französische Diplomatie jedoch kein Mittel sein, um noch mehr Posten im Ausland zu kürzen. Die Übertragung eines Teils der Aufgaben der EU in Drittstaaten an die neuen Delegationen, die zuvor von beiden Botschaften erledigt wurden, stellt in Paris, im Gegensatz zu britischen Ambitionen, keine Priorität dar. Die Schaffung des EAD darf aus französischer Sicht kein Mittel zur Stärkung des Europäischen Parlaments im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Während der Verhandlungen fand Pierre Lellouche, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, harte Worte über die Versuche des Europäischen Parlaments, insbesondere über die Verfügung des Haushalts die Kontrolle über den EAD an sich zu reißen. Hier zeigt sich das französische Anliegen, dass die Kernanliegen der Union auch weiterhin dem Europäischen Rat und dem Ministerrat unterstehen sollten.

Die französische Regierung unterstützt weiterhin die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, besteht jedoch nachdrücklich auf einer engen Koordination mit der NATO, in die sich Frankreich 2007 auch militärisch integriert hatte. Vor diesem Hintergrund änderte Paris seine Tonart deutlich. Im März 2010 erklärte der Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Pierre Lellouche vor der Nationalversammlung: „Das Vorantreiben einer Europäischen Verteidigung [...] ist eine Sache; das Risiko einzugehen, darauf zu bestehen, dass sie heute bereit ist, sich allein zu verteidigen, eine andere. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt uns, dass es angeraten ist, die Vereinigten Staaten auf der Rechnung der europäischen Sicherheit zu behalten. [...] Die Sicherheit Europas ruht heute auf zwei Pfeilern: Der atlantischen Allianz mit den Vereinigten Staaten einerseits und dem Europa der Verteidigung auf der anderen.“⁴ Vor 2007 hätte sich kein offizieller Vertreter Frankreichs so geäußert. Diese Aussage zeigt, dass die Regierung von Nicolas Sarkozy die Auffassung anderer EU-Partner teilt, wonach das Europa der Verteidigung vor allem ein Mittel zur Sicherung der Glaubwürdigkeit Europas innerhalb der Atlantischen Allianz darstellt. Gleichzeitig muss der Verteidigungshaushalt in Frankreich Jahr für Jahr weitere Einschnitte hinnehmen. Auch wenn Frankreich gemeinsam mit Großbritannien Hauptzahler der Gemeinsamen Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (GSVP) ist, wird dies in der öffentlichen Meinung kaum wahrgenommen. Die Mehrheit der französischen Bevölkerung (wie auch die deutsche und die britische) sieht keinen Sinn in der Militärpräsenz Frankreichs in Afghanistan. Die pazifistische Stimmung ist innerhalb der französischen Bevölkerung stark: Man sorgt sich vor allem um die wirtschaftliche und soziale Zukunft des eigenen Landes.

Künftige Erweiterung in kleinen Dosen

Eine Eurobarometer-Umfrage ergab, dass die öffentliche Meinung in Frankreich einer künftigen Erweiterung der Europäischen Union skeptisch gegenübersteht. Lediglich 34% der befragten Personen nahmen eine positive Haltung ein, 60% sprachen sich dagegen

4 Pierre Lellouche, in: *Mondes. Les Cahiers du Quai d’Orsay*, März 2010.

aus. Dieser Trend ist weit vom europäischen Durchschnitt entfernt – 46% dafür und 43% dagegen – und liegt nah an den Ländern, die weitere Erweiterungen am wenigsten wünschen: Österreich (28%) und Deutschland (31%). Die Gründe für die Ablehnung sind dieselben wie im negativen Referendum von 2005: Furcht vor Sozialdumping, die Rolle des Islam in der Türkei, Angst vor einem Anstieg des organisierten Verbrechens, Angst vor einem Ausdünnen des europäischen Projekts. Frankreich besteht auf der Verteidigung des Erbes der Gründerväter. Diese Meinung findet sich insbesondere unter Europabefürwortern.⁵ Man darf nicht vergessen, dass Frankreich das einzige Land der Union ist, das bereits 2005 die Verpflichtung zu einem Referendum für jeden weiteren Beitritt nach dem Beitritt Kroatiens in seiner Verfassung festgeschrieben hat.

Die Haltung der französischen Regierung ist je nach Beitrittskandidat unterschiedlich. Im Allgemeinen finden die Beitrittsbemühungen der westlichen Balkanländer Unterstützung, wie beispielsweise die Eröffnung der Verhandlungen mit Mazedonien. Allerdings ist Frankreich der Ansicht, dass Skopje zuerst eine Einigung mit Athen über die Frage des Namens der Republik Mazedonien herbeiführen muss. Bei Serbien zeigt sich Frankreich einer Weiterleitung des Beitrittswunsches an die Kommission aufgeschlossen, ist aber der Meinung, dass die Verhaftung von durch das Kriegsverbrechertribunal gesuchten flüchtigen Personen (Mladic und Hadzic) eine Bedingung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen darstellen muss.

Dem Beitrittswunsch Islands widersetzt sich Frankreich nicht, unterstützt ihn allerdings nicht auf politischer Ebene. Eindeutig ablehnend ist hingegen die Haltung Frankreichs gegenüber dem Beitritt der Türkei. Derzeit ist man der Meinung, dass die Verhandlungen vor allem der Modernisierung der Türkei dienen, nicht aber der Vorbereitung eines türkischen EU-Beitritts. Der französischen Regierung behagt dieses Thema nicht, denn sie sieht sich starkem Druck der französischen Unternehmen ausgesetzt, die an guten Beziehungen zur Türkei interessiert sind. Zudem sieht man die neuen, global ausgerichteten diplomatischen Ambitionen der politischen Kräfte in Ankara kritisch. Frankreich beteuert weiterhin, die Türkei sei „ein großartiges Land“, mit dem starke bilaterale Beziehungen erwünscht sind. Gleichzeitig stellt Paris eine Art Bedingung: Die aufstrebende Macht Türkei sollte mehr Rücksicht auf die westlichen Positionen nehmen, sowohl im Hinblick auf die nukleare Abrüstung Irans, als auch bei einer Deeskalation der feindseligen Haltung gegenüber Israel. Im Inland prangern die Befürworter des EU-Beitritts der Türkei (in politischen Kreisen seltener als unter den Intellektuellen) eine Politik an, die die Türkei weiter in Richtung Osten und in die arabische Welt drängt.

Letztendlich bestimmte die Finanzkrise und die Reaktion der Länder der Eurozone die Debatte in Frankreich im vergangenen Jahr. Diese Punkte mobilisierten die öffentliche Meinung viel stärker als die Außenpolitik und das Thema der künftigen Erweiterung der EU. Im nächsten Jahr steht eine weitere Debatte an, die die öffentliche Meinung in Frankreich mobilisieren wird: Der EU-Haushalt 2013 und insbesondere die Frage der Agrarausgaben, und das vor dem Hintergrund, dass ein Teil der französischen Landwirte schwere Einbußen bei seinen Einkünften wird hinnehmen müssen.

Weiterführende Literatur

- Marion Gaillard: *France-Europe: politique européenne de la France de 1950 à nos jours*, Brüssel 2010.
Pascal Kaufmann/Henrik Utterwedde: *La France et l'Allemagne face à la crise de l'euro. A la recherche de la convergence perdue*, Visions franco-allemandes, Nr. 17, Paris, CERFA/IFRI, Juli 2010.
Questions Internationales, Nr. 45-2010, Sonderausgabe zur Europäischen Union.

5 Vgl. Christian Lequesne: *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d'échelle*, Paris, Presses de Sciences Po, 2008.